

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Gyde Jensen, Dr. Lukas Köhler, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/26884 –

**Den philippinischen Anti-Drogenkrieg verurteilen, Menschenrechtsschutz auf den Philippinen fordern**

### A. Problem

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, wirksame Maßnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen zu erlassen, die im Zuge des sogenannten „Anti-Drogenkrieges“ der philippinischen Regierung seit 2016 zu beobachten seien. So sei es zu tausenden außergerichtlichen Tötungen in den überwiegend armen Stadtteilen gekommen, die Presse- und Meinungsfreiheit habe dramatische Einschränkungen erfahren und es herrsche eine Kultur der Straflosigkeit. Oppositionelle würden unterdrückt, bedroht und diffamiert. Den Opfern und Betroffenen bleibe trotz der gravierenden Berichte der Zugang zu Gerechtigkeit verwehrt. Im Jahr 2019 seien die Philippinen aus dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) ausgetreten, nachdem dieser Voruntersuchungen wegen mutmaßlicher Verbrechen seitens der philippinischen Regierung im Zusammenhang mit dem „War on Drugs“ angekündigt hatte.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.**

### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/26884 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

**Gyde Jensen**  
Vorsitzende

**Martin Patzelt**  
Berichterstatter

**Frank Schwabe**  
Berichterstatter

**Jürgen Braun**  
Berichterstatter

**Dr. Lukas Köhler**  
Berichterstatter

**Michel Brandt**  
Berichterstatter

**Margarete Bause**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Martin Patzelt, Frank Schwabe, Jürgen Braun, Dr. Lukas Köhler, Michel Brandt und Margarete Bause**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/26884** in seiner 212. Sitzung am 25. Februar 2021 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Antragsteller stellen fest, dass es im Rahmen des sogenannten „Anti-Drogenkrieges“ auf den Philippinen seit 2016 zu schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen sei, welche von systematischen Angriffen auf die Meinungsfreiheit bis hin zu willkürlichen Inhaftierungen und außergerichtlichen Tötungen reichten. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen liege die Zahl der außergerichtlichen Tötungen bei mindestens 30.000. Laut polizeilichen Angaben seien 8.000 Menschen, die des Drogenhandels verdächtigt würden, im Rahmen von polizeilichen Einsätzen getötet worden. Darüber hinaus könne man die Tode tausender Menschen – darunter auch Kinder – unbekannt, bewaffneten Personen zuordnen, die laut Menschenrechtsexperten häufig mit den Sicherheitsbehörden kooperieren würden. Daneben sei es zu einer dramatischen Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie der Pressefreiheit durch die Verfolgung von Medienschaffenden sowie Medienunternehmen gekommen. Im Jahr 2020 sei dem größten regierungskritischen TV-Sender ABS-CBN eine neue Lizenz verweigert worden, woraufhin es zu seiner Schließung gekommen sei. Auch die Verabschiedung des Anti-Terrorismus-Gesetzes im Juli 2020, das durch vage Formulierungen auch gegen unschuldige Regierungskritiker angewendet werden könne, sei ein Ausdruck der sich verschlimmernden Lage der Pressefreiheit. Durch das Phänomen des „Red-Taggings“ seien zahlreiche Menschen und Organisationen als „Kommunisten“ bezeichnet worden, wodurch sie erheblichen Bedrohungen bis hin zu Mord ausgesetzt seien. Mindestens 208 Menschenrechtsverteidiger/-innen, Gewerkschafter/-innen und Journalistinnen und Journalisten seien im Zeitraum von 2015 bis 2019 im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit ermordet worden. Am Beispiel Maria Ressa, Mitbegründerin der Nachrichtenwebsite Rappler, die aufgrund von „Cyberverleumdung“ angeklagt und im Juni 2020 verurteilt worden sei, lasse sich beobachten, wie Gesetze instrumentalisiert und gezielt gegen Oppositionelle angewendet würden. Besonders prominent sei der Fall der liberalen Senatorin Leila de Lima, die man als eine der schärfsten Kritikerinnen von Präsident Duterte verurteilt habe, nachdem sie als Vorsitzende des philippinischen Ausschusses für Justiz und Menschenrechte eine Untersuchung des sogenannten „Anti-Drogenkrieges“ eingeleitet hatte. Die Inhaftierung sei von den Vereinten Nationen als willkürlich und menschenrechtsverletzend bezeichnet worden. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher auf, den Fall Leila de Lima gegenüber der philippinischen Regierung stärker zu thematisieren und sich in bilateralen Gesprächen für die Freilassung von allen politischen Gefangenen einzusetzen. Außerdem solle sich die Bundesregierung im VN-Menschenrechtsrat für die Errichtung eines unabhängigen Untersuchungsmechanismus einsetzen. Auf EU-Ebene solle sie die Verhängung von personenbezogenen Sanktionen für die Verantwortlichen der politisch motivierten Verurteilungen sowie der Hauptverantwortlichen der schweren Menschenrechtsverletzungen im „Anti-Drogenkrieg“ prüfen. Die Bundesregierung müsse von der philippinischen Regierung effektive Maßnahmen fordern, um Menschenrechtsverteidiger/-innen zu beschützen, unter anderem durch eine Reform ihrer Anti-Terror-Gesetzgebung und der Beendigung des „Red-Taggings“. Schließlich müsse die Bundesregierung die philippinische Regierung auffordern, die Straflosigkeit effektiv zu bekämpfen und dem IstGH-Statut erneut beizutreten sowie eine unabhängige, transparente und rechtsstaatliche Untersuchung aller Vorwürfe einzuleiten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 83. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26884 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 95. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/26884 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 85. Sitzung am 9. Juni 2021 die Beratung über den Antrag auf Drucksache 19/26884 aufgenommen und abgeschlossen. Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD den Antrag auf Drucksache 19/26884 abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass die Zivilgesellschaft auf den Philippinen angesichts der hohen Zahl extralegalen Tötungen derart unter Schock stehe, dass es kaum zivilen Widerstand gebe. Um die demokratischen Prinzipien und Menschenrechte auf den Philippinen zu stärken, stehe die Bundesregierung im ständigen Dialog mit der philippinischen Zivilgesellschaft und unterstütze die Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger vor Ort. Die Bundesregierung habe die Philippinen dazu aufgefordert, die Drogenkriminalität mit rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen, alle Tötungen strafrechtlich zu untersuchen und den Schutz der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Darüber hinaus habe sie im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zur Anti-Drogenpolitik der philippinischen Regierung wiederholt Stellung bezogen und diese in Abstimmung mit der EU u. a. dazu aufgefordert, von einer Wiedereinführung der Todesstrafe abzusehen. Damit sei die Bundesregierung bereits im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig. Dem Antrag der FDP-Fraktion stimme man daher nicht zu.

Die **Fraktion der SPD** richtete den Blick auf Präsident Duterte, an dessen Beispiel man sehen könne, wozu eine autoritäre Politik der harten Hand am Ende führe. Die Feststellung der Fraktion der CDU/CSU sei richtig, dass die Bundesregierung das Thema bereits auf der Tagesordnung habe. Trotzdem sei es wichtig, dass sich der Ausschuss dieser Thematik widme. In der nächsten Legislaturperiode könne dies aufgegriffen werden und man könne sich dann fraktionsübergreifend dazu positionieren und gemeinsam agieren.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, dass die Maßlosigkeit des Vorgehens der philippinischen Regierung unbestritten sei, auch wenn eine genaue Beurteilung der Tötungen aus Deutschland schwierig sei. Allerdings fehle im Antrag der Hinweis auf die gewalttätige, paramilitärische Organisation der Drogenkriminalität sowie auf eine Verknüpfung zum islamischen Terrorismus im Süden der Philippinen. Da von den vorherigen Regierungen vieles versäumt worden sei, habe die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Drogenpolitik gewollt. Es sei zu bedenken, dass Duterte durch eine Wahl zur Macht gekommen sei. Bei der Abstimmung werde man sich enthalten.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass die Situation auf den Philippinen so dramatisch sei, dass sich Deutschland dazu verpflichten müsse, etwas zu tun. Dass ohne rechtsstaatliche Verfahren von Seiten des Staates getötet werde, sei nicht hinnehmbar. Zudem gehe Präsident Duterte sehr explizit gegen Oppositionelle vor. Er nutze den Krieg gegen Drogen für seine Politik. Deutschland müsse als Rechtsstaat dafür sorgen, dass oppositionelle wie Leila de Lima und alle anderen Menschen, die sich gegen Duterte einsetzen, geschützt würden. In diesem Sinne bitte man um Zustimmung zu dem Antrag.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, dass sie viele der im Antrag aufgeführten Punkte unterstütze, unter anderem die Forderung, dass die Bundesregierung vehementer die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Prinzipien auf den Philippinen fordern müsse. Allerdings sei die Forderung nach Sanktionen nicht sinnvoll. Es sei zweifelhaft, ob diese eine Verbesserung der Lage bewirkten. Zudem seien die Rechtsstaatlichkeit und die Transparenz von Sanktionsmechanismen fraglich. Die Fraktion DIE LINKE. werde den Antrag daher ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass sich die dramatische Situation auch durch die COVID-19-Pandemie noch einmal verschlimmert und verschärft habe. Es sei daher wichtig, sich im Menschenrechtsausschuss intensiver mit der Lage auf den Philippinen auseinanderzusetzen. Vieles in dem Antrag sei aus einer kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgegriffen worden. Sie unterstütze daher die darin enthaltenen Forderungen und werde dem Antrag zustimmen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Martin Patzelt**  
Berichtersteller

**Frank Schwabe**  
Berichtersteller

**Jürgen Braun**  
Berichtersteller

**Dr. Lukas Köhler**  
Berichtersteller

**Michel Brandt**  
Berichtersteller

**Margarete Bause**  
Berichtersterlerin





